

A Leitantrag an den 9. Landesparteitag

A.1 Wirtschaftspolitische Leitlinien „Arbeiten, Wirtschaften und Leben – Diskussionsvorschlag zu einem Zukunftsprogramm für Sachsen“

Beschluss des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 31. August 2013 in Dresden

Beschluss:

Der Landesparteitag beschließt folgende Leitlinien:

1 **Wirtschaftspolitische Leitlinien „Arbeiten, Wirtschaften und Leben –**
2 **Diskussionsvorschlag zu einem Zukunftsprogramm für Sachsen“**

3

4 Der vorliegende Entwurf der wirtschaftspolitischen Leitlinien soll das kommende Landeswahlprogramm der
5 Partei DIE LINKE. Sachsen in den Handlungsbereichen Wirtschaft und Arbeit fachpolitisch untersetzen. Mit den
6 nachfolgend vorgestellten Konzepten soll die Balance zwischen den Gesellschaftsbereichen Wirtschaft, Arbeit
7 und Soziales, Bildung, Demokratie und Umwelt hergestellt werden, um die wechselseitigen Abhängigkeiten
8 zwischen diesen scheinbar widersprüchlichen Politikbereichen für eine zukunftsorientierte und nachhaltige
9 Entwicklung von Gesellschaft und Individuen in Sachsen fruchtbar zu machen.

10

11 Unsere Einschätzung der Ausgangssituation

12 Die aktuelle, im Übrigen nicht nur europäische, Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie deren Auswirkungen
13 sind Produkt der in den letzten beiden Jahrzehnten global deregulierten sowie kapitaldominierten
14 Wirtschaftsweise. Die Renditeerwartungen halten langfristige Überlegungen zugunsten von ökologischer
15 Nachhaltigkeit und Humanität schon lange in Geiselhaft, und zwar sowohl global als auch regional in Sachsen.
16 Mit dieser erneuten Krise haben sich die sozialen, ökologischen und ökonomischen Verwerfungen zugespitzt.
17 Sie sind erst in Umrissen erkennbar und werden nachwachsende Generationen mit schweren Hypotheken
18 belasten. Aber in dieser Krise liegen zugleich auch Chancen. Die Chance für eine Umkehr liegt vor allem in
19 einer schrittweisen Transformation der Gesellschaft. Die Demokratisierung der Wirtschaft sowie die
20 ordnungsrechtliche Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards auf nationalstaatlicher, europäischer,
21 globaler und zugleich auf regionaler sächsischer Ebene sind die ersten Schritte für unser politisches Handeln.
22 Das betrifft ebenso strukturpolitische Veränderungen in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und vielen anderen Bereichen
23 der Gesellschaft. Ein „weiter so“ wird weder den ökonomischen und schon gar nicht den sozialen sowie
24 ökologischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft sowie den Bedürfnissen der Menschen gerecht.
25 Diese grundsätzliche Einschätzung gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass schon einmal – nämlich vor
26 mehr als 20 Jahren – eine Chance verpasst wurde: Der „Aufbau Ost“ wurde gesellschafts-, sozial-, wirtschafts-
27 und arbeitsmarktpolitisch als „Nachbau West“ konzipiert, obwohl spätestens im Zuge des Epochenumbruches
28 1989/90 die weitreichenden negativen Folgen von Deregulierung und unbeschränktem Welthandel absehbar
29 waren. Die Möglichkeit eines Transformationsprozesses hin zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise mit
30 demokratischer Legitimation und Regulierung wurde vergeben.

31 Die seit 1989/90 forcierte Deregulierung des Wirtschafts- und Finanzmarktes hat über mehrere Jahre hinweg
32 zur Verschiebung einer systemimmanenten Krise geführt und nebenbei nicht nur zahlreiche staatliche und
33 gemeinschaftliche Besitztümer verscherbelt sondern mit anderen Faktoren auch die seit 80 Jahren größte
34 Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst. Diese Krise ist letztlich eine Systemkrise.

35 Gerade in dieser systemischen Krise steht aktuell wiederum ein gesellschaftspolitisches Zeitfenster offen, da
36 der als „Nachbau West“ praktizierte „Aufbau Ost“ erkennbar zu nicht einmal annähernd gleichen
37 Lebensverhältnissen führen wird. Diese neuerliche Chance wollen wir nutzen, um einen anderen
38 Entwicklungspfad zum nachhaltigen Wirtschaften und Arbeiten einzuschlagen.

39 Sachsen ist für einen solchen Neustart teilweise besser aufgestellt als die anderen Bundesländer: Die
40 wirtschaftshistorischen Traditionen wie auch Stärken Sachsens liegen in seinen (alt-)industriellen Traditionen –
41 vor allem dem Bergbau mit Tagebauen und Bergwerken beispielsweise in der Oberlausitz, im Mitteldeutschen
42 Revier und im Erzgebirge, der Umwelt- und Energietechnik um Freiberg, der Optik und der
43 Elektrotechnik/Elektronik, Medizin- und Bahntechnik in und um Dresden, dem Maschinenbau in Chemnitz, der
44 Automobilindustrie in Zwickau und Leipzig, in der Handelstradition Leipzigs mit seiner Messe sowie in der
45 vielseitigen Struktur lokal bzw. regional verankerter Betriebe ganz unterschiedlicher Größe. Charakteristisch für
46 Sachsen war und ist dabei die enge Verbindung innovativer Wirtschaftsbereiche mit dem Erfinder- und
47 Forschergeist an den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen im Land, für die beispielhaft die
48 altherwürdige Technische Universität Bergakademie Freiberg sowie die Technischen Universitäten in Dresden
49 und Chemnitz stehen. Heute haben sich dazu leistungsfähige außeruniversitäre Forschungsinstitute gesellt,
50 etwa der Fraunhofer-, Max-Planck- und der Helmholtz-Gesellschaften. Auf dieser Symbiose von Forschung,
51 Entwicklung und Anwendung sowie auf der kulturellen Tatkraft der Bürgerinnen und Bürger Sachsens fußen
52 viele der seit 1989/1990 im Freistaat erreichten Erfolge.

53 Dessen ungeachtet ist Sachsen nach wie vor weit von einer sich selbst tragenden Entwicklung entfernt. Dazu
54 haben nicht nur die Konstruktionsfehler der deutschen Einheit, die Auswirkungen von Neoliberalismus und
55 Deregulierung im Allgemeinen sowie der AGENDA 2010 und Hartz IV im Besonderen beigetragen, sondern auch
56 zahlreiche Fehlleistungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der bisherigen Landesregierungen
57 Sachsens. Dazu gehören zum Beispiel die starke Orientierung der sächsischen Industrie auf die globalen Märkte
58 und damit auf den Export, die Profilierung von Sachsen als Billiglohnland, die Vernachlässigung von
59 Binnenkaufkraft und Binnenmarkt sowie der Notverkauf der Sachsen LB. Die sozioökonomischen Folgen dieser
60 und weiterer falscher Weichenstellungen sind tagtäglich in Sachsen zu spüren:

61 • Die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen verläuft sehr unterschiedlich: Sektoren und Branchen mit
62 Wirtschaftswachstum stehen solche mit stagnierender oder gar sinkender Wirtschaftskraft gegenüber. Eine
63 dynamische Entwicklung wiesen bislang vor allem diejenigen Sektoren, Branchen und Betriebe auf, die –
64 wie weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes – export- bzw. fernabsatzorientiert sind. Die Fortsetzung
65 dieser Dynamik ist aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise allerdings gefährdet und überdies
66 strategisch nicht immer sinnvoll. Andere Bereiche wie das Gros der Gesundheitswirtschaft partizipieren an
67 der Alterung der Gesellschaft und den damit verbundenen Nachfrageverschiebungen. Segmenten der
68 Ernährungswirtschaft (z.B. dem ökologischen Landbau) und des Tourismus (etwa dem Städtetourismus)
69 gelingt es, Marktnischen zu besetzen. Demgegenüber sehen sich viele Wirtschaftsbereiche, die von der
70 Binnennachfrage abhängig sind und damit bedeutende Teile der sächsischen Wirtschaft stellen, mit
71 stagnierenden oder sogar negativen Wachstumsraten konfrontiert. Insgesamt ist die Wirtschaftsdynamik in
72 Sachsen mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von lediglich etwa 2 % in den letzten zehn Jahren im
73 bundesweiten wie auch im europäischen Vergleich nur schwach, was sich in einer stagnierenden
74 Arbeitskräftenachfrage (das Arbeitsvolumen verharrt bei etwa 2.900 Mio. Arbeitsstunden jährlich) und in
75 nur sehr langsam wachsenden Steuereinnahmen niederschlägt.

76 • Der Arbeitsmarkt Sachsens ist in mehrfacher Hinsicht gespalten: Die Zahl der
77 sozialversicherungspflichtigen und verbeamteten Beschäftigungsverhältnisse steigt zwar seit 2005
78 kontinuierlich an, dabei nimmt jedoch der Anteil der Teilzeitbeschäftigung und niedrig entlohnter
79 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu. Prekäre und nicht existenzsichernde
80 Beschäftigungsverhältnisse (wie z.B. „1-Euro-Jobs“, Mini- und Midi-Jobs, Leih- bzw. Zeitarbeit,
81 Scheinselbständigkeit usw.) greifen um sich und prägen größer werdende Teile des Arbeitsmarktes.
82 Inzwischen müssen sich im Freistaat etwa ein Drittel der insgesamt 1,95 Mio. Erwerbstätigen in derartigen
83 Beschäftigungsformen verdingen. Dem nicht vollständig und vor allem nicht kurzfristig zu bedienenden
84 Fachkräftebedarf in einzelnen Berufs- und Qualifikationsgruppen stehen ein im Landesdurchschnitt immer
85 noch hohes Niveau von Arbeitslosigkeit, vor allem verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, sowie
86 Unterbeschäftigung gegenüber (durchschnittliche Arbeitslosenquote der zivilen Erwerbspersonen in 2011

87 etwa 11%; Anteil der Langzeitarbeitslosen unter allen Arbeitslosen fast 45% bei Berücksichtigung von
88 arbeitsmarktpolitisch bedingten Unterbrechungen; Anteil älterer Arbeitsloser bei knapp 38%; reale
89 Unterbeschäftigungsquote nahezu 20%). Auch räumlich zeigt sich der Arbeitsmarkt gespalten; Landkreisen
90 und Städten mit fast einstelligen Arbeitslosenquoten (beispielsweise im Vogtlandkreis, in Dresden und
91 Zwickau) stehen solche gegenüber, die Arbeitslosenquoten von etwa 15 % aufweisen (z.B. die Landkreise
92 Nordsachsen und Görlitz). Hinzu kommt die Segmentierung und Stigmatisierung von Arbeitslosen in
93 verschiedene Gruppen, in Arbeitslose aus dem Geltungsbereich des SGB III bzw. des SGB II, in so genannte
94 marktnahe und marktferne Arbeitslose usw.

95 • Der Arbeitsmarkt in Sachsen ist weiterhin durch die Folgen der Niedriglohnstrategie geprägt. Die
96 durchschnittliche Entlohnung liegt in Sachsen mit 1.955 Euro brutto unter dem Durchschnitt der
97 ostdeutschen Bundesländer (2.068 Euro), der westdeutschen Bundesländer (2.835 Euro) sowie des
98 gesamtdeutschen Durchschnitts von 2.702 Euro brutto pro Monat.

99 • Festzustellen ist in Sachsen außerdem eine zunehmende Differenzierung zwischen den Regionen und
100 Räumen: Wachstumspolen hinsichtlich Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Bevölkerung stehen Regionen
101 und Räume gegenüber, in denen Schrumpfungsprozesse dominieren. Sind es vor allem die Städte Dresden
102 und Leipzig sowie deren unmittelbare „Speckgürtel“, die bisher zu den Gewinnern dieser räumlichen
103 Ausdifferenzierung zählen, so sind es die ländlich-peripheren und strukturschwachen Regionen im Freistaat
104 (z.B. die o.a. Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit oder auch das Erzgebirge), die
105 gegenwärtig als Verlierer bezeichnet werden müssen. Aber auch in den Großstädten Sachsens selbst zeigt
106 sich eine Spaltung. So ist Leipzig neben wachsenden Bevölkerungs-, Beschäftigungs- und
107 Wertschöpfungskennziffern auch durch eine hohe Dauerarbeitslosigkeit und einen anhaltend hohen
108 Armutsstand geprägt. In den Großstädten existieren stabile Stadtquartiere und solche mit sozialen sowie
109 ökonomischen Verwerfungen.

110 • Die finanzielle Handlungsfähigkeit in Sachsen nimmt tendenziell ab. Am Ende der Transformationsdekaden
111 ändern sich die finanzpolitischen Rahmen wesentlich. Mit den Mitteln aus dem Solidarpakt II war es über
112 Jahre möglich, vergleichsweise hohe Investitionsquoten zur Finanzierung des sogenannten infrastrukturellen
113 Nachholebedarf darzustellen. Gleichzeitig standen europäische Fördermittel in erheblichem Umfang zur
114 Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung bereit. Mit dem Auslaufen des Solidarpakts II und der
115 Förderperiode der Europäischen Union verschlechtert sich die Investitionsfähigkeit des Freistaates
116 erheblich. In den letzten Jahren konnten die bereits schrittweise wegfallenden Mittel zwar durch
117 Steuereinnahmen kompensiert werden, allerdings ergab sich daraus kein zusätzlicher Spielraum. Parallel zu
118 dieser durch Sachsen wenig zu beeinflussenden Entwicklung hat das selbst verschuldete Desaster um die
119 Landesbank Sachsen eine zusätzliche Last von 2,75 Milliarden Euro aufgebürdet. Mit jährlich um rund 200
120 Millionen Euro sinkenden Zuflüssen aus dem Solidarpakt II, 100 Millionen Euro Zusatzausgaben für die
121 Landesbank-Pleite und einer voraussichtlich dreistelligen Mindereinnahme aus der Europäischen Union
122 nimmt die Investitionsfähigkeit des Freistaates weiter stetig ab, während der Bindungsgrad der
123 verbleibenden Mittel tendenziell steigt. Spielräume zur Haushaltsgestaltung sind dennoch vorhanden.
124

125 Um vor diesem strukturpolitischen Hintergrund und angesichts der bestehenden Problemdimensionen sowie
126 Herausforderungen in Sachsen den Umbau zu einer nachhaltigen, sozial-ökologischen Wirtschaftsweise
127 einzuleiten, bedarf es eines handlungsfähigen und demokratisch verfassten Staates.

128

129 **Unsere Ziele für Sachsen**

130 Ziel ist es, Sachsen gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch schrittweise zu einer Region mit
131 nachhaltiger, sozial-ökologischer Wirtschaftsweise umzubauen. Dies bedeutet vor allem, sich von folgenden
132 Prämissen leiten zu lassen:

133 • Die Spaltung der Gesellschaft, der Bevölkerung und der Regionen in immer weniger „Gewinner“ und immer
134 mehr „Verlierer“, immer weniger „Reiche“ und immer mehr „Arme“ soll überwunden, gleichwertige
135 Lebensverhältnisse sollen hergestellt werden.

- 136 • Öffentliche und privatwirtschaftliche Arbeitsplätze sollen gefördert, sozial gerechte sowie mitbestimmte
137 Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zur Sicherung umfassender selbstbestimmter gesellschaftlicher
138 Teilhabe geschaffen und Vollbeschäftigung schrittweise ermöglicht werden.
- 139 • Einen Aufholprozess gegenüber den Altbundesländern gibt es derzeit nicht, im Gegenteil, der Osten bleibt
140 weiter zurück. Binnenwirtschaft sowie regionale und beschäftigungsintensive Wirtschaftskreisläufe sollen
141 gestärkt werden. Dadurch wird ein Entwicklungspfad eingeschlagen, der Sachsen und alle seine Regionen
142 an eine selbst tragende Wirtschaftsentwicklung heranführt.
- 143 • Der Zugang zu allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung soll für alle kostenfrei gesichert werden. Dies
144 eröffnet einerseits individuelle Lebensperspektiven auch jenseits der Erwerbsarbeit und sorgt andererseits
145 für qualifizierte Fachkräfte in der Wirtschaft sowie für Berufsperspektiven von Erwerbstätigen.
- 146 • In allen Landesteilen Sachsens soll eine Grundausrüstung mit Infrastrukturen der öffentlichen
147 Daseinsvorsorge gesichert bzw. geschaffen und darüber hinaus die barrierefreie sowie kostengünstige
148 Mobilität aller Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht werden. Dies trägt zur Schaffung von
149 Lebensperspektiven in Sachsen bei, wird die Abwanderung eindämmen und die demografische Grundlage
150 ländlicher Räume stärken.
- 151 • Markt und Wettbewerb werden klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie
152 kartellrechtlicher Kontrolle unterworfen. Partizipative Wirtschaftsformen wie öffentliches Eigentum und
153 Genossenschaften sollen gestärkt werden.
- 154 • Die Fokussierung auf gesellschaftlich sinnvolle und ressourceneffiziente, mithin nachhaltige Produkte sowie
155 Dienstleistungen soll den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaftsweise beschleunigen. Die Herstellung
156 ressourceneffizienter Produkte soll besonders gefördert werden, das Wachstum des Energieverbrauches ist
157 weiter deutlich vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln sowie der Verbrauch vor allem nicht regenerativer
158 natürlicher Ressourcen damit zu verringern. Der Übergang von der fossilen, von der Braunkohle dominierten
159 sächsischen Energiewirtschaft hin zu einer auf erneuerbaren Energien und dezentralen Kraft-Wärme-
160 Kopplungsanlagen basierten Energiewirtschaft soll beschleunigt werden.
- 161 • Ein gerechtes Steuersystem, welches Großunternehmen und Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen
162 stärker belastet als kleine und mittlere Unternehmen sowie Geringverdienende, soll die
163 gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit des Staates, des Landes und der Kommunen wiederherstellen
164 sowie die Binnenkaufkraft stärken.
- 165

166 **Unsere Konzepte für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und**
167 **Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen**

168

169 **ARBEIT, WIRTSCHAFT UND REGIONALENTWICKLUNG**

170 *Der Stagnation begegnen, den Umbau einleiten – Weichenstellungen auf Bundesebene*

171 Vom Bund fordern wir ein Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro. Durch Schwerpunktsetzungen bei
172 Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung sowie Gesundheit und damit verbundenen Investitionen wird nicht
173 nur ein temporärer Schutzschirm für Unternehmen und etwa 2 Millionen Beschäftigte aufgespannt, sondern es
174 werden Zukunftsperspektiven für Forschung und Entwicklung geschaffen sowie überdies langfristig 1 Million
175 Arbeitsplätze in wichtigen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Erziehung, Bildung, Pflege und
176 Gesundheit.

177 Die Bundesagentur für Arbeit muss weiterhin Bundeszuschüsse, insbesondere für Maßnahmen der aktiven
178 Arbeitsmarktpolitik in Höhe von jährlich mindestens 2 Mrd. Euro erhalten. Dieser Bundeszuschuss ist als nicht
179 rückzahlbarer Zuschuss zu gewähren, damit von den daraus finanzierten Aufwendungen keine
180 Beitragssatzerhöhungen ausgehen. Darüber hinaus hat die Bundesagentur für Arbeit offensiv alle Möglichkeiten
181 auszuschöpfen, damit Arbeitslose zu individuell verwertbaren Berufsabschlüssen geführt werden und
182 Unternehmen ihre Beschäftigten intensiver qualifizieren; nur so können berufsfachliche Kompetenzen für die
183 Herausforderungen der Zukunft aufgebaut werden.

184

185 *Der Krise begegnen, den Umbau einleiten – Veränderungen in Sachsen*

186 Die Umsetzung von öffentlichen Zukunftsprogrammen des Bundes in Sachsen ist so zu gestalten, dass davon
187 schnelle Impulse ausgehen. Daher ist die Bindung dieser Mittel an bestehende Förderprogramme sowie deren
188 Programmlogik unsachgemäß und durch solche Verfahrensweisen zu ersetzen, die unbürokratisch sind und
189 zugleich den öffentlichen Investitionsstau im Land und in den Kommunen auflösen.

190 Das Zukunftsprogramm des Bundes soll durch ein „Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm Sachsen“ in Höhe
191 von 1 Mrd. Euro mit einer Laufzeit von 5 Jahren ergänzt werden, welches die Wirtschaft stabilisiert, modernisiert
192 sowie zukunftsfähig macht. Dieses öffentliche Investitionsprogramm Sachsens soll vor allem auf ökologisch
193 richtungweisende Technologien (z.B. energetische Sanierung von Gebäuden, Solar- und Windenergie,
194 Geothermie, Wasserkraft) sowie auf Investitionen in Bildungs- und Sozialinfrastrukturen (etwa
195 Kindertagesstätten, Schulen) ausgerichtet werden. Darüber hinaus stellt es für finanzschwache Kommunen in
196 Sachsen die Mittel bereit, die zur Komplementärfinanzierung der Programme des Bundes erforderlich sind.

197 Das Mittelstandsstabilisierungsprogramm Sachsens soll auf 1 Mrd. Euro aufgestockt und durch öffentliche
198 Bürgschaften abgesichert werden. In Verbindung mit weiteren Programmen, z.B. zugunsten von
199 Innovationsgutscheinen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), werden damit für KMU die mittel- und
200 langfristigen Handlungsspielräume für die Entwicklung und Vermarktung zukunftsorientierter Produkte und
201 Dienstleistungen, insbesondere sächsischer Markenprodukte, geschaffen.

202

203 *Umkehr in der Lohnpolitik: Binnennachfrage und gute Arbeit stärken, Kompetenzen und Fachkräfte*
204 *sichern – Weichenstellungen auf Bundesebene*

205 Durch den Gesetzgeber auf Bundesebene ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von
206 mindestens 10 Euro/Stunde einzuführen. Dieser Mindestlohn muss individuell existenzsichernd sein und ist
207 daher jährlich mindestens in Höhe der Inflationsrate an die Preisentwicklung anzupassen. Nur so sind die
208 bestehenden Widersprüche zwischen dem sich in den letzten Jahren ausbreitenden Niedriglohnsektor (mit der
209 Folge von Abwanderungen und Know-how-Verlusten) und den Zukunftsanforderungen einer wissensbasierten
210 Wirtschaft aufzulösen.

211

212 ***Umkehr in der Lohnpolitik: Binnennachfrage und gute Arbeit stärken, Kompetenzen und Fachkräfte***
213 ***sichern – Veränderungen in Sachsen***

214 Das sächsische Vergabegesetz wird so ausgestaltet, dass öffentliche Aufträge nur an solche Anbieter vergeben
215 werden dürfen, die definierte Sozial- und Umweltstandards – aber insbesondere existenzsichernde Löhne und
216 Gehälter, Tariftreue sowie zukunftsfixe Ausbildungsquoten – einhalten.

217 Mit einem Förderprogramm „Fachkräftesicherung“ werden einerseits sächsische KMU und andererseits
218 sächsische Kommunen bei der Entwicklung von Arbeits-, Lern- und Lebensbedingungen unterstützt, die
219 geeignet sind, Fachkräfte im Freistaat zu halten bzw. nach Sachsen zu holen (z.B. lernförderliche
220 Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und familienfreundliche Infrastrukturen in den Kommunen).

221 Gute Arbeit ist gekennzeichnet durch sichere und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen. Den
222 betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz kommt deshalb große Bedeutung zu. Um die Kontrolle der
223 Sicherheitsstandards und die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen in den Unternehmen zu
224 gewährleisten, sind die Arbeitsschutzbehörden personell zu stärken.

225

226 ***Offensive für forschungs- und wissensintensive Produkte, Dienstleistungen, Unternehmensgründungen***
227 ***sowie Unternehmensübernahme – Veränderungen in Sachsen***

228 Auf der Basis entsprechender Untersuchungen soll ein Zielnetz von Hochschul-, Branchen- und
229 Regionaltransferstellen identifiziert und aufgebaut werden, welches den besonderen Anforderungen von KMU
230 gerecht wird und deren Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Technologiezentren und Industrieforschungseinrichtungen
231 sollen als Standorte der Konzentration von Know-how und als Transferstellen eine deutlich stärkere Rolle
232 spielen als bisher. Die kleinteilige Struktur der sächsischen Wirtschaft erweist sich als eine Barriere auf dem
233 Weg zu einer selbsttragenden Entwicklung. Die wenigen Großunternehmen, die sich im Freistaat angesiedelt
234 haben, arbeiten innerhalb von Konzernverbänden, deren Zentrale außerhalb Sachsens liegt, zumeist ohne
235 eigene Forschungsabteilungen als verlängerte Werkbänke und erfüllen somit eine nachgelagerte
236 Wertschöpfungsfunktion. Einigkeit besteht darüber, dass die Zeit der Großansiedlungen vorbei ist. Sachsen
237 muss sich auf seine Tradition als Ingenieurschmiede besinnen und auf Innovation setzen. Forschungs- und
238 Entwicklungsaktivitäten (FuE) der Unternehmen sind unter anderem wesentlich beeinflusst durch deren Größe
239 und Kapitalausstattung. Die Förderung von Zusammenschlüssen kleiner Unternehmen ist ebenso anzustreben
240 wie die geförderte Kofinanzierung von FuE-Projekten zur Steigerung der eigenen Produktivität. Das bedeutet,
241 Forschung und Entwicklung voranzutreiben und den Wissenstransfer aus Hochschule und Forschung in die
242 Unternehmen zu intensivieren. Im Unterschied zu großen Unternehmen in ökonomisch starken Ländern wie
243 Baden-Württemberg oder Bayern, die ihre eigene Forschungs- und Entwicklung (FuE) unterhalten, sind die
244 sächsischen KMU kaum in der Lage, Kooperationen mit Partnern aus Wissenschaft und Forschung anbahnen
245 und professionell betreiben zu können. Ihnen fehlen schlichtweg die finanziellen und personellen Kapazitäten
246 für solche Vorhaben. Von den ca. 170.000 Unternehmen haben lediglich 2.837 mehr als zwanzig Mitarbeiter,
247 von denen wiederum 438 kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreiben. Damit binden sie 30% des FuE-
248 Personals, während es die Großunternehmen bundesweit auf 76% des FuE-Personals bringen. Folglich sind die
249 KMU, um innovativ sein und wachsen zu können, auf die Zusammenarbeit mit Hochschulen und
250 außeruniversitären Forschungseinrichtungen angewiesen. Es ist die Wissenschaft, die den KMU ihre
251 Wettbewerbsfähigkeit zu sichern vermag. Wegen des geringen Anteils privater Forschungs- und
252 Entwicklungsausgaben fällt der Landespolitik die Aufgabe zu, Kooperationen zwischen Wissenschaft und
253 Wirtschaft zu fördern. Dafür schafft und entwickelt sie die erforderlichen Strukturen weiter (z. B.
254 Technologiezentren) und stellt die Mittel für Verbundprojekte von Unternehmen und Einrichtungen der
255 Wissenschaft und außeruniversitären Forschung bereit.

256 Die Dienstleistungen der Technologie- und Gründerzentren müssen stärker spezialisiert und attraktiver gestaltet
257 werden, wobei klarer zwischen Technologiegründerzentren einerseits und Gewerbeergründerzentren andererseits
258 zu unterscheiden ist. Durch die Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen ländlicher Räume sollen
259 auch dort leistungsfähige Zentren erhalten und weiterentwickelt werden, um die Standortqualität in diesen
260 strukturell benachteiligten Räumen zu stärken.

261 Ziel ist es, den privaten Anteil der einzelbetrieblichen FuE-Leistungen bis 2020 zu verdoppeln. Die Förderung
262 soll technologieoffen erfolgen, um in allen Branchen und Regionen Produkt- und Prozessinnovation zu
263 ermöglichen.

264 Durch Innovationsgutscheine für KMU sowie mittels überproportional hoher Fördersätze für solche Forschungs-
265 und Entwicklungs- sowie Transferleistungen, die zwischen sächsischen KMU und in Sachsen angesiedelten
266 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen realisiert werden, sollen die Leistungs- sowie Zukunftsfähigkeit von
267 KMU und sächsischen Forschungsstandorten gleichermaßen gestärkt werden.

268 Die Technologiepolitik wird auf sozial-ökologische Innovationen sowie auf effiziente und ressourcenschonende
269 Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet. Als technologische Zukunftsfelder sollen vor allem die Fahrzeug-
270 und Verkehrstechnologien, die Energie- und Umwelttechnologien (einschließlich Solar-, Photovoltaik-,
271 Geothermie- und Windtechnologien), die Informations- und Kommunikationstechnologien (einschließlich
272 Mikrosystemtechnologie und Elektrotechnik/Elektronik), die Produktionstechnologien sowie Werkzeug- und
273 Textilmaschinenbautechnologien unterstützt werden.

274 Die Gründungsförderung in Sachsen wird auf die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter,
275 zukunftsorientierter sowie möglichst beschäftigungsintensiver Produkte und Dienstleistungen konzentriert.
276 Dazu wird Start-up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft öffentliches Risikokapital zur Verfügung gestellt.

277

278 ***Regionalentwicklung befördern, regionale Handlungsspielräume eröffnen – Veränderungen in Sachsen***

279 Das Land wird durch eine deutlich höhere kommunale Investitionspauschale die Handlungsspielräume vor Ort
280 verbreitern und damit die Regionalentwicklung sowie regionale Wirtschaftskreisläufe befördern.

281 Des Weiteren wird Sachsen in der Wirtschafts- und Arbeitsförderung „regionalen
282 Verantwortungsgemeinschaften“, also freiwilligen Verbänden aus Kommunen sowie den Landkreisen und
283 kreisfreien Städten so genannte Regionalbudgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen. Auch
284 dies trägt dazu bei, lokale Entscheidungsfreiheit zu stärken, den sachgerechten, weil problem- bzw.
285 ressourcennahen, Mitteleinsatz zu fördern, regionales und lokales Know-how zu mobilisieren sowie integrierte
286 Politik für Ballungsräume, Städte wie auch für ländlich-periphere Räume zu gestatten. Dabei gilt es die
287 kooperativen Entwicklungsbeziehungen von Kommunen zueinander über den bisherigen Standortwettbewerb
288 hinaus zu nutzen und zu fördern.

289 Die Wirtschaftsregionen Sachsens sind eng mit den Ballungsräumen und den Verkehrsknoten in Sachsen zu
290 verknüpfen. Es ist noch mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen bzw. über die
291 Binnenschifffahrt zu transportieren. Dazu bedarf es des weiteren Ausbaus des Eisenbahnnetzes in Sachsen
292 sowie der stärkeren Verknüpfung von lang laufendem Schienengüterverkehr und Binnenschifffahrt mit kurz
293 laufendem regionalem Straßengüterverkehr. Dies ist über die Stärkung und den Ausbau der
294 Güterverkehrszentren zu erreichen.

295 Durch hohe Qualitätsanforderungen an die Mobilitätsangebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
296 sollen die Entwicklungsnachteile ländlich-peripherer Regionen in Sachsen ausgeglichen und die Erreichbarkeit
297 von Grund-, Mittel- und Oberzentren sowie von Standorten der Daseinsvorsorge in zumutbaren Zeiten gesichert
298 werden. Dabei wird durch eine integrierte Netzgestaltung die Verbindung von schnellem
299 Schienenpersonenfernverkehr, in allen Landesteilen Raum erschließendem Schienenpersonennahverkehr
300 (SPNV) und gut getaktetem Regionalverkehr ein integrierter Taktverkehr geboten, der einen Wandel in den
301 Mobilitätsgewohnheiten, im Nutzungsverhalten und mithin im Modalsplit zugunsten des SPNV/ÖPNV sowie des
302 Rad- und Fußverkehrs ermöglicht. Das bewirkt insgesamt einen Vorteil für den Wirtschaftsstandort Sachsen
303 sowie einen erheblichen Zuwachs an Lebensqualität. Denn ein gut organisierter und verdichteter SPNV/ÖPNV
304 hat erhebliche Vorteile für Berufs- und Studien-Pendlerinnen und -pendler, für kulturelle und soziale Teilhabe
305 und nicht zuletzt für einen anspruchsvollen und attraktiven Tourismus. Das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz sollte
306 langfristig weitere Mittelzentren und die Großstadt Chemnitz anbinden. Darüber hinaus muss die Region
307 Südwestsachsen auch an das Fernbahnnetz angeschlossen werden.

308

309 ***Wirtschaftsförderung umgestalten – Veränderungen in Sachsen***

310 Die unmittelbare finanzielle Förderung von Großunternehmen wird auf Darlehen umgestellt. Dies stärkt
311 einerseits das Eigeninteresse der Unternehmen und damit die Nachhaltigkeit des unternehmerischen
312 Engagements. Andererseits werden durch die finanziellen Rückflüsse aus diesen Darlehen kontinuierlich
313 ausgestattete, revolvingende Förderfonds möglich, was mittelfristig dem Haushalt Sachsens zugutekommt.

314 In der Förderung von KMU sollen, unter Beachtung von deren finanziell begrenzter Leistungsfähigkeit,
315 schrittweise ebenfalls revolvingende Fonds eingeführt werden.

316 Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen noch stärker in die Kreditfinanzierung von KMU eingeschaltet
317 und dabei bei struktur- sowie regionalpolitisch besonders wichtigen Vorhaben über Landesbürgschaften
318 abgesichert werden. Zur besseren Absicherung der Bedarfe an Risikokapital werden bestehende Instrumente
319 gestärkt und neue Formen auf Landesebene entwickelt (Innovationsfonds Sachsen).

320 Die Förderung von Verbundinitiativen und von Clusterbildung, d.h. die Unterstützung von strategischen
321 Netzwerken in der Industrie (Automobilzulieferindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Bahntechnische Industrie,
322 Technische Textilindustrie, Luft- und Raumfahrtindustrie, Erneuerbare Energien im Industriesektor) wird
323 zugunsten zukunftsfester Produkte sowie Dienstleistungen modifiziert fortgesetzt. Sie soll zudem auf solche
324 Zweige ausgedehnt werden, die sozial-ökologisch wirtschaften, nachwachsende Rohstoffe stofflich nutzen oder
325 regional wirtschaften (z.B. die Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie die Gesundheitswirtschaft).

326 Darüber hinaus soll die Umstellung von Unternehmen auf nachhaltige sowie beschäftigungsintensive Produkte
327 und Dienstleistungen verstärkt gefördert werden. Die betriebliche Weiterbildung wird für Arbeitnehmer
328 garantiert und für Unternehmen als Förderkriterium definiert. Weiterbildungsprogramme konzentrieren sich auf
329 die vertikale Spezialisierung entlang der Wertschöpfungskette. Mit der bisherigen Billig-Ist-Besser-Devise der
330 Landesregierung wird gebrochen. Öffentliche Fördermittel werden grundsätzlich an Tarife und Qualifikation der
331 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden. Nur Unternehmen mit einem Anteil von weniger als 10 Prozent
332 Leiharbeitern an der Belegschaft können Investitionsförderungen im vollen Umfang erhalten. Bei einer Quote
333 von mehr als 30 Prozent entfällt die Förderung komplett. Ziel ist sowohl die Sicherung des Fachkräftebedarfs
334 der lokalen Wirtschaft, als auch die Sicherung der Erwerbs- und Lebensperspektiven der betroffenen Menschen.

335
336 Eine weitere wichtige und oft umgangene Quote ist die der anzustellenden Menschen mit Schwerbehinderung.
337 Die rechtliche Regelung besagt, dass Unternehmen, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, davon
338 mindestens 5% an Menschen mit Schwerbehinderung vergeben müssen. Wir fordern, dass die
339 Ausgleichsabgaben bei Nichteinhaltung deutlich erhöht werden.

340
341 Nicht ökologische, vor allem energie- und ressourcenineffiziente Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen
342 werden schrittweise von der Wirtschafts-, Technologie-, Gründungs- und Regionalförderung ausgenommen.

343 Damit wird insgesamt eine Umkehr in der Förderpolitik Sachsens angestrebt: Die bisherige Unterstützung von
344 exportorientierten industriellen „Leuchttürmen“ soll durch eine deutlich stärkere Orientierung auf
345 binnenwirtschaftlich agierende sowie beschäftigungsintensive Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe
346 ergänzt werden. Dabei werden die Chancen überregional vermarktungsfähiger Produkte und Dienstleistungen
347 im Auge behalten, sofern diese sozial sinnvoll und ökologisch nachhaltig sind.

348

349 ***Aktive, abgestimmte sowie sozial abgesicherte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik –***
350 ***Weichenstellungen auf Bundesebene***

351 Auf der Bundesebene muss dafür gesorgt werden, dass die mit den so genannten Hartz-Gesetzen eingeführte
352 Trennung der Arbeitsförderung in zwei Geltungsbereichen (SGB III und SGB II) wieder aufgehoben und eine
353 wirkliche Förderung von Erwerbslosen und Erwerbssuchenden „aus einer Hand“ ermöglicht wird.

354 Darüber hinaus fordern wir, das arbeitsmarktpolitisch untaugliche und sozial wie rechtlich ausgrenzende
355 Förderinstrument der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („1-Euro-Jobs“) abzuschaffen.

356 Praktika sollten ausschließlich im Rahmen von schulischer Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Studium sowie
357 Qualifizierungsmaßnahmen zulässig sein. Sogenannte Einstiegspraktika, bei denen sich in der Regel junge
358 Menschen mit Studienabschluss ohne oder mit nur geringer Berufserfahrung von Praktikum zu Praktikum
359 hangeln, lehnen wir ab. Meistens verrichten diese Menschen vollwertige Arbeit im Rahmen der alltäglichen
360 Betriebsabläufe, werden aber im Vergleich zur restlichen Belegschaft schlechter entlohnt. Unternehmen nutzen
361 oftmals aus, dass Praktika anderen arbeitsrechtlichen Regelungen unterliegen als Arbeitsverträge.
362 Weiterhin fordern wir eine Qualitätssicherung der Praktika, denn sie sind Bestandteil von Ausbildung, Studium,
363 Fortbildung usw. und sollten somit Mindeststandards unterliegen, so dass z.B. tatsächlich Betriebsabläufe
364 kennengelernt werden. Für all diese Vorschläge sind rahmengebende Gesetze notwendig.

365 Weiterhin soll es für Praktika in Unternehmen und im öffentlichen Dienst, außer bei Praktika bis max. 2 Wochen
366 Länge (z.B. Schulpraktikum) eine bundesweit einheitliche gesetzliche Untergrenze der Ausbildungsvergütung
367 geben. Die Vergütung und die Leistungen, welche PraktikantInnen beziehen, dürfen die Mindestsicherung von
368 1050 Euro nicht unterschreiten. Gemeinnützige Vereine sollen aus dieser Regelung ausgenommen werden.

369 Auch für Beschäftigungsformen wie dem freiwilligen sozialen / ökologischen Jahr (FSJ /FÖJ) oder dem
370 Bundesfreiwilligendienst (BFD) muss das sogenannte 'Taschengeld' von derzeit maximal 330 Euro auf
371 mindestens 500 Euro erhöht werden – ohne dass diese auf weitere Transferleistungen (wie eine
372 existenzsichernde Mindestsicherung) angerechnet werden. Die dafür notwendigen Mittel sollen den
373 Einsatzstellenträgern aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

374 Nicht nur in Hinblick auf die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit, sondern auch aufgrund der geleisteten
375 Beitragszahlungen ist die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes deutlich zu verlängern.

376 Die ökonomische Logik von prekären und nicht existenzsichernden Beschäftigungsformen ist, etwa nach dem
377 Beispiel von Frankreich, umzukehren: Leiharbeit ist durch einen Flexibilitätszuschlag von 10 Prozent für die
378 Unternehmen teurer zu gestalten als reguläre Beschäftigung. Für Mini- und Midi-Jobs ist die volle
379 Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde einzuführen. Schließlich sind, als weitere wichtige arbeitsmarkt-
380 und beschäftigungspolitische Rahmenbedingungen, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden pro
381 Woche zu begrenzen und das Renteneinstiegsalter wieder auf 65 Jahre herabzusetzen.

382

383 ***Aktive, abgestimmte sowie sozial abgesicherte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik -*** 384 ***Veränderungen in Sachsen***

385 Aufgrund der demographischen Entwicklung schrumpft die erwerbsfähige Bevölkerung bis 2025 um rund ein
386 Fünftel. Zusätzlich macht das unterdurchschnittliche Lohnniveau den Freistaat für viele mobile hochqualifizierte
387 Arbeitskräfte unattraktiv. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel ist in einigen Branchen bereits heute
388 spürbar. Auf der anderen Seite herrscht in Sachsen nach wie vor hohe Unterbeschäftigung. Darüber hinaus
389 haben sich etwa 15 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter aus verschiedenen Gründen ganz aus dem
390 Erwerbsleben zurückgezogen. Ein Großteil davon sind Frauen.

391 Mit einem längst überfälligen Landesarbeitsmarktprogramm wollen wir die aktive Arbeitsmarktpolitik in
392 Sachsen auf neue Füße stellen. Ziel ist es, die paradoxe Situation aufzulösen, dass einer verfestigten
393 Langzeitarbeitslosigkeit gleichzeitig ein wachsender Fachkräftemangel gegenüber steht. Dafür sind
394 unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Instrumente erforderlich.

395 Ein erster Schwerpunkt dieses Programms liegt in der beruflichen Weiterbildung. Neben herkömmlichen
396 Maßnahmen geht es darum, Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit abzubauen. Dazu ist es notwendig, die
397 Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar zu verbessern. Zusätzlich bedarf es Maßnahmen zur Qualifikation
398 und Integration der betroffenen Personen, um Neu-, Quer- und Wiedereinsteigern den Weg ins Berufsleben zu
399 ermöglichen. Darüber hinaus soll eine Landesförderung aufgelegt werden, die sich vor allem an
400 Personengruppen richtet, die bislang nur unzureichend an beruflicher Qualifikation teilhaben, wie gering
401 qualifizierte, ältere und nichtleistungsempfangende Erwerbspersonen. Im Mittelpunkt stehen hier
402 Bildungsgänge, die zu einem Berufsabschluss führen.

403 Für die Umsetzung dieses Landesarbeitsmarktprogramms wird auf Landesebene ein paritätisch besetzter Beirat
404 gebildet, dem neben Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Hand, der Arbeitnehmerinnen und
405 Arbeitnehmer, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auch solche von Erwerbsloseninitiativen angehören.

406 Diesem Beirat wird unter anderem die Aufgabe obliegen, die bislang unzureichend abgestimmten
407 arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten von Europäischer Union, Bund, Land, Kommunen und Bundesagentur für
408 Arbeit zu koordinieren.

409 Durch die Bündelung der Fördermittel von EU, Bund, Ländern, SGB III und SGB II, ergänzt durch kommunale
410 Mittel und Eigenmittel der Träger, wird in Sachsen ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit
411 sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Menschen aufgebaut, die aufgrund von
412 Nachfrage- und/oder Angebotsproblemen nicht in Beschäftigung vermittelt werden können. Heinrich Alt,
413 Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, hält 300.000 Stellen bundesweit für notwendig. In Sachsen
414 sollten mindestens 20.000 Arbeitsplätze mit mindestens dreijähriger Beschäftigungsdauer und
415 existenzsicherndem Einkommensniveau entstehen.

416 Durch regionale Beiräte ist sicherzustellen, dass die Einsatzfelder im öffentlich geförderten
417 Beschäftigungssektor Sachsens im gesellschaftlichen Interesse liegen, tatsächlich zusätzliche Tätigkeiten
418 umfassen und zugleich den sozial-ökologischen Umbau in Sachsen unterstützen. In den vergangenen Jahren
419 gestrichene, privatisierte, anderweitig outgesourct oder in den zweiten Arbeitsmarkt abgeschobene Leistungen
420 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden zurück in den Öffentlichen Dienst geholt und dort reguläre
421 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

422

423 **SOZIALES IST GEMEINSAMER WOHLSTAND**

424 *Sozialer Umbau statt Sozialabbau – Weichenstellungen auf Bundesebene*

425 Auf Bundesebene muss durch den Gesetzgeber eine bedarfsorientierte, repressionsfreie soziale
426 Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro je Monat und Person eingeführt werden. Diese Mindestsicherung ist
427 jährlich in der Höhe der Inflationsrate anzupassen. Ein solches Grundeinkommen ist nicht nur ein wichtiger
428 Schritt hin zu einer selbst bestimmten Gesellschaft, sondern flankiert – ebenso wie Aktivitäten zur Verkürzung
429 der Arbeitszeit – auch die Bemühungen zur Ermöglichung der Teilhabe möglichst vieler Menschen am
430 Erwerbsleben.

431 Die Sozialversicherungssysteme müssen wieder paritätisch finanziert werden, die überproportionale Beteiligung
432 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. der Versicherten ist aufzuheben. Durch die Einbeziehung aller
433 Einkommensarten sind die Sozialversicherungen auf eine breitere Basis zu stellen und zu einer
434 Bürgerversicherung zu entwickeln.

435

436 *Sozialer Umbau statt Sozialabbau – Veränderungen in Sachsen*

437 In der Landespolitik Sachsens ist ein Paradigmenwechsel vorzunehmen: Soziales ist nicht einseitig als
438 Kostenfaktor für Wirtschaft und Staat wahrzunehmen, sondern vielmehr als bedeutender nachfrageorientierter
439 Standortfaktor für Bürgerinnen und Bürger, für Erwerbstätige und für Unternehmen gezielt zu unterstützen.
440 Zudem kann Soziales, kann soziale Daseinsvorsorge weit über eine noch dazu unzureichende
441 Armutsbekämpfung hinaus – wie das skandinavische Sozialstaatsmodell zeigt – ein wichtiger
442 Beschäftigungsfaktor sein.

443 Auf der Grundlage einer breiteren und damit höheren Einkommensbasis der öffentlichen Haushalte wird
444 Sachsen alle diejenigen Leistungen in den Öffentlichen Dienst zurückholen, die der sozialen Daseinsvorsorge
445 dienen und in den vergangenen Jahren abgebaut, privatisiert, outgesourct oder in den prekarierten zweiten
446 Arbeitsmarkt abgeschoben wurden. Durch die Re-Kommunalisierung von vormals privat erbrachten Leistungen
447 der öffentlichen Daseinsvorsorge können in Folge des Kostendeckungsprinzips außerdem teilweise sogar
448 Einsparungen realisiert werden, da die Gewinnspanne der privaten Unternehmen entfällt.

449 In bestehenden Bereichen des Öffentlichen Dienstes können mit Hilfe dieser Mittel Einstellungskorridore
450 ermöglicht, die Dienstleistungsqualität verbessert und das Personal verjüngt werden. Darüber hinaus können
451 dadurch Leistungen und Arbeitsplätze – beispielsweise im Kultur- und Sportbereich – finanziert werden, die die
452 Lebensqualität erhöhen, die Standortqualität verbessern und dadurch die Abwanderung aus Sachsen
453 eindämmen.

454 Zur diskriminierungsfreien Sicherung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger wird unter Nutzung der in der
455 Grundsicherung zweckbestimmten Teilbeträge eine vom Land finanzierte Mobilitätskarte für Schülerinnen und
456 Schüler, Studierende sowie für finanziell Schwache eingeführt. Diese Mobilitätskarte gilt landesweit und
457 ermöglicht den Kauf von Tariftickets in allen Netzen des SPNV/ÖPNV. Sie sichert damit die soziale sowie
458 berufliche Mobilität der Anspruchsberechtigten und stärkt überdies den SPNV/ÖPNV. Das Modell des
459 „fahrlos-ÖPNV“ kann vor allem für die Ballungszentren eine attraktive Alternative zum
460 ticketgebundenen SPNV/ÖPNV sein, die Zugangsschranken absenkt und somit weitere Bevölkerungsgruppen
461 für den SPNV/ÖPNV erschließt.

462

463 **BILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN**

464 *Bildung für alle, überall und Generationen übergreifend – Weichenstellungen auf Bundesebene*

465 Auf Bundesebene soll erreicht werden, die bereits seit langem unzeitgemäße Nachrangigkeit von „weichen“ –
466 angeblich konsumtiven – Bildungsinvestitionen gegenüber so genannten „harten“ Infrastrukturinvestitionen (z.B.
467 in Straßen) aufzuheben.

468 Das Bafög muss wesentlich ausgeweitet und für Familien bzw. für Bezieherinnen und Bezieher von mittleren
469 sowie geringen Einkommen von Darlehen auf Zuschüsse umgestellt werden, um so einen Beitrag zur
470 Bildungsgerechtigkeit zu leisten.

471

472 *Bildung für alle, überall und Generationen übergreifend – Veränderungen in Sachsen*

473 Bildung ist in Sachsen der Rohstoff Nummer Eins. Eine hohe Bildungsbeteiligung und die nachhaltige Deckung
474 des Fachkräftebedarfs sind das Fundament von Innovation und eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung. Zu
475 viele Menschen brechen Schule, Hochschule oder Berufsausbildung vorfristig ab. Die bestehenden Barrieren zur
476 Aufnahme oder Fortsetzung einer Ausbildung müssen systematisch erfasst und abgebaut werden. Ebenso ist es
477 notwendig, eine nach Fachrichtungen untersetzte Analyse des zukünftigen Personalbedarfs an den einzelnen
478 sächsischen Bildungseinrichtungen zu erstellen. Vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren zu
479 erwartenden Zahlen von Lehrkräften, die in den Ruhestand gehen, ist rechtzeitig gegenzusteuern. Es sind
480 Übergangsfristen zur Sicherung des Erfahrungstransfers im Vorfeld zu gewährleisten.

481 Um die angestrebten Bildungsziele zu erreichen, soll künftig ein wesentlich höherer Anteil des
482 Bruttoinlandsprodukts Sachsens für Bildung eingesetzt werden. So wird es möglich, mehr Personal in
483 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen zu beschäftigen. In der Folge sollen die Qualität von Erziehung
484 und Bildung verbessert und eine inhaltlich untersetzte Ganztagsbetreuung sichergestellt werden. Ohne eine
485 Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten und einer Verkleinerung der Klassen- bzw.
486 Kursteiler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ist das nicht möglich.

487 Um den Bildungs-, Erziehungs- und Integrationsauftrag zu unterstützen, bedarf es an jeder allgemeinbildenden
488 Schule der Einrichtung von Schulsozialarbeit. Die Finanzierung ist gemeinsam vom Land Sachsen und den
489 Landkreisen / kreisfreien Städten zu übernehmen.

490 Die vorgesehene gebührenfreie Kindertagesbetreuung, eine generelle Lern- und Lehrmittelfreiheit sowie ein
491 kostenfreies Hochschulstudium tragen zur Chancengleichheit beim Bildungszugang, zur Erschließung von
492 Begabungsreserven und zur Fachkräftesicherung gleichermaßen bei. Als erster Schritt wird eine Halbierung der
493 Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss und des Anteils junger Erwachsener ohne
494 Studien- oder Berufsabschluss angestrebt. Es wird zudem eine „Landes(nach)ausbildungsinitiative für junge
495 Menschen ohne vollwertigen Berufsabschluss vorgeschlagen.

496 Flächendeckend werden systematische Aktivitäten zu einer gezielten Berufsorientierung für Schülerinnen und
497 Schüler aller Schulformen entwickelt. Beginnend mit der 5. Klasse erfolgt eine berufspraktische Bildung. Sie
498 dient dem Erkennen von Fähigkeiten und Interessen und den sich daraus ergebenden Berufs- und
499 Karriereperspektiven. Die Zielgenauigkeit der Vermittlung von Ausbildungsstellen und des Angebotes
500 berufsvorbereitender Maßnahmen kann so entscheidend verbessert werden. Die berufspraktische Bildung ist

501 Gemeinschaftsaufgabe von Schule und Wirtschaft. Die Verbindung von praktischer Arbeit und Lernen im dualen
502 Ausbildungssystem muss auf hohem Niveau erhalten und ausgebaut werden.

503 Einen besonderen Stellenwert nimmt die Berufsakademie ein, deren Studienangebote auf die mittelständisch
504 geprägte Wirtschaft Sachsens maßgeschneidert sind. Hier wird der Ausbau zu einer dualen Hochschule
505 angestrebt. Ihre finanzielle Ausstattung muss den steigenden Anforderungen entsprechen.

506 Der Anteil von wissenschaftlich-technischen Berufen bei allen Erwerbspersonen liegt in Sachsen über dem
507 Schnitt der ostdeutschen Bundesländer. Die Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft und die ständige
508 Veränderung von Arbeitsinhalten stellen dabei hohe Anforderungen an die Qualifikation. Dem muss ein
509 adäquates Angebot berufsbegleitender Qualifizierung und Weiterbildung gegenüberstehen. Damit alle
510 Erwerbstätigen Weiterbildungen in Anspruch nehmen können, muss der Anspruch auf Freistellung an
511 mindestens fünf Tagen pro Jahr gesetzlich verankert werden. Neben Strukturverbesserungen im Bereich der
512 klassischen Weiterbildung müssen die Schnittstellen zwischen beruflicher Praxis und akademischer
513 Weiterbildung durchlässiger gestaltet werden. Dazu gehört auch der Technologietransfer zwischen Hochschulen
514 und Forschungseinrichtungen auf der einen und der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen Seite. Um die
515 Zukunftsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft zu sichern soll der Anteil der im Freistaat in Forschung und
516 Entwicklung Beschäftigten deutlich erhöht und mindestens auf den Bundesdurchschnitt angehoben werden. Ein
517 deutlicher Anstieg des Frauenanteils in FuE wird zusätzlich befördert.

518

519 **KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT**

520

521 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist mehr als eine Branche und bedarf der besonderen Aufmerksamkeit durch
522 die Wirtschaftspolitik.

523 Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird erst seit wenigen Jahren konkret als Branche beschrieben. Jetzt erst ist
524 klar, dass sie hinsichtlich des Umsatzes und der Anzahl der Beschäftigten die Größenordnung der großen
525 Industriebranchen erreicht. Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat einen großen Nachholbedarf in Sachen
526 Aufmerksamkeit und Förderung ihrer Rahmenbedingungen. Es sind in der Mehrzahl kleinere und mittlere
527 Unternehmen. Viele freischaffende KünstlerInnen stehen wenigen großen Firmen gegenüber. Dies und die
528 Befindlichkeit kreativer Menschen macht die Förderung so anspruchsvoll. Die Branche hat das Potenzial, in der
529 Wissensgesellschaft eine zentrale Rolle zu spielen und gesellschaftliche Querverweise zu Lebensstilen und
530 Stadtentwicklung beispielhaft herzustellen. Das Milieu muss stimmig und tolerant sein, die Talente müssen
531 entwickelt werden und die technologischen Voraussetzungen vorhanden sein. Die Kultur- und Kreativwirtschaft
532 bietet vielfältige Anlässe für eine spezifische Wirtschaftspolitik von links. Selbstausbeutung und prekäre
533 Lebensweise sind spezifisch für Teile dieser Branche. DIE LINKE möchte eine starke, gerechte und die anderen
534 Branchen inspirierende Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen ermöglichen.

535

536 ***Kreativität als sächsische Besonderheit - Veränderungen in Sachsen***

537

538 Sachsen entwickelt eine Strategie der Ansiedlung spezieller KMU der Kultur- und Kreativwirtschaft und
539 entwickelt mit Akteuren zusammen Förderinstrumente.

540 Der Kleinteiligkeit der Teilbranchen begegnet DIE LINKE mit Netzwerkförderung und möchte einen
541 Landesverband der Branche als Ansprechpartner anregen. Kreative Milieus, wie sie in sogenannten Kreativen
542 Quartieren entstehen, werden unterstützt und nicht durch Gentrifizierung, Regelung und Verbote eingeschränkt.
543 Freiräume sind für kreative Arbeit besonders notwendig. Sachsen selbst verfügt über viele ungenutzte
544 Immobilien und Flächen. Es soll geprüft werden, wie eine sinnvolle Zwischennutzung für die Branche erreicht
545 werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Kulturverwaltung wird durch eine entsprechende
546 Struktur und Transparenz der Aufgabenteilung effektiviert. Die Öffentliche Verwaltung braucht eine Regelung für
547 die Vergütung beauftragter KünstlerInnen. Ausstellungshonorare werden selbstverständlich. Kooperative und
548 genossenschaftliche Ansätze der Branche werden besonders unterstützt.

549 So kann die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem Markenzeichen sächsischer Wirtschaftspolitik werden.

550

551 **DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE**

552 *Wirtschaftsdemokratie befördern – Weichenstellungen auf Bundesebene*

553 Durch den Gesetzgeber auf Bundesebene müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um Wirtschaft und
554 Arbeitsmarkt so zu regulieren, dass der Umstieg auf eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise möglich wird.
555 Dies schließt die Rücknahme der Deregulierungsschritte der vergangenen Jahre (etwa bei der
556 Arbeitsgesetzgebung) ebenso ein, wie eine erweiterte Mitbestimmung und eine starke Finanzmarktaufsicht zur
557 Verhinderung von hochriskanten Finanzmarktspekulationen.

558 Zur Förderung partizipativer Wirtschaftsformen ist das bundesdeutsche Genossenschaftsrecht zu vereinfachen.
559 Eine gleiche Förderung für die Gründung von Genossenschaften wie bei anderen Rechtsformen ist längst
560 überfällig.

561

562 *Wirtschaftsdemokratie befördern – Veränderungen in Sachsen*

563 Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und anderer gesellschaftspolitisch wichtiger Bereiche (z.B.
564 Bildung, Energieversorgung, Gesundheitswirtschaft, Wasserver- und -entsorgung, Wohnungswirtschaft) sind in
565 kommunales, öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum zu überführen bzw. dort zu belassen. Dies gilt
566 auch für die Verkehrsverbände in kommunaler Verfasstheit.

567 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen und andere partizipative Eigentumsformen wie beispielsweise
568 Genossenschaften sind zu stärken.

569 Um der Demokratie im Öffentlichen Dienst Sachsens zum Durchbruch zu verhelfen, soll ein modernes
570 Personalvertretungsgesetz durchgesetzt werden. Aktivitäten zur Erhöhung der Tarifbindung von Unternehmen
571 und zur Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung werden vom Freistaat unterstützt.

572 Fördermittelvergabe und öffentliche Beteiligungen im Land müssen transparent gemacht werden und können
573 dadurch demokratisch kontrolliert sowie zielgerichteter gesteuert werden. Dazu soll zweijährlich ein
574 Sächsischer Subventionsbericht vorgelegt werden, der auch Angaben zu den Gehältern von Managerinnen und
575 Managern öffentlicher Unternehmen enthält.

576

577 **ÖKOLOGIE UND UMWELTWIRTSCHAFT**

578 *Ökosysteme bewahren, Umweltwirtschaft fördern – Weichenstellungen auf Bundesebene*

579 Die LINKE folgt dem Grundsatz „Mensch und Umwelt vor Profit“. Dazu gehören zum Beispiel Forderungen für
580 eine nachhaltige dezentrale und demokratische Energiepolitik, eine echte Verkehrswende, die Bewahrung der
581 Schutzgüter Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna.

582

583 *Ökosysteme bewahren, Umweltwirtschaft fördern – Veränderungen in Sachsen*

584 Ein „Umwelt-Zukunfts-Programm“ wird alle diejenigen Fördermittel des Landes bündeln, die auf die
585 Verringerung des Ressourcenverbrauches, die Erzeugung regenerativer Energien und die Entwicklung lokaler
586 sowie regionaler Stoff- und Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet sind. Gefördert werden beispielsweise
587 Unternehmen mit ökologischen, nachhaltigen und ressourceneffizienten Produkten sowie Dienstleistungen,
588 Unternehmen und Gemeinden, die ihre Energieversorgung ganzheitlich auf nachwachsende Rohstoffe
589 umstellen, der energieeffiziente Umbau öffentlicher Gebäude sowie Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die
590 die Wirkungsgrade des Ressourceneinsatzes erhöhen.

591 Ziel ist es, dass Sachsen seinen Elektroenergiebedarf bis zum Jahr 2040 ohne den Einsatz von Braunkohle
592 decken kann. Dazu wird eine dezentrale und mittelständisch verfasste Energiewirtschaft gefördert, die
593 Bürgersolar- und Photovoltaikanlagen ebenso einschließt wie Geothermieanlagen, ökologisch sinnvolle Wind-
594 und Wasserkraftanlagen sowie Energieerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. Dem Neuaufschluss von
595 Braunkohletagebauen wird nicht stattgegeben, die Abbaggerung weiterer Siedlungen dadurch verhindert. Die

596 steuerlichen und anderen Vorteile fossiler Energieträger werden zugunsten regenerativer Energieträger
597 beseitigt.

598 Durch die Förderung und den Ausbau eines alle Landesteile erschließenden, barrierefreien und kostengünstigen
599 ÖPNV, durch Verkehrsvermeidung sowie durch den selektiven Rückbau von nicht mehr benötigter oder
600 schwach frequentierter Straßenverkehrsinfrastruktur wird der CO₂-Ausstoß in Sachsen deutlich verringert. Dazu
601 tragen auch die Unterstützung der Binnenschifffahrt durch angepasste Flussschiffe und der Ausbau wichtiger
602 Strecken des Personen- und Güterschienenverkehrs (z. B. der Strecke Berlin-Dresden-Prag und der Sachsen-
603 Franken-Magistrale) bei. Diese Verkehrsstrecken sollen in eine künftige europäische Nord-Süd-Tangente
604 eingebunden werden, die sowohl regional als auch überregional Entwicklungen mobilisieren könnte und
605 Skandinavien über Berlin-Dresden-Prag-Linz-Graz mit dem Adria-Raum verbinden soll. Dabei ist zu sichern, dass
606 die vorgeschriebenen Lärmpegel insbesondere beim Güterverkehr eingehalten und schrittweise reduziert
607 werden.

608 Böden sind die wichtigste Produktionsgrundlage für Landwirtinnen und Landwirte. Der Erhalt der
609 Bodenfruchtbarkeit ist dabei eine Schlüsselfrage. Die Neuversiegelung von Flächen wird in Sachsen durch
610 gesetzgebende und planerische Maßnahmen weitgehend unterbunden. Sind in Einzelfällen Neuversiegelungen
611 unabwendbar (z. B. für die Schaffung von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge), so sind diese in der
612 gleichen Gemeinde und in gleichem Umfang durch Maßnahmen der Entsiegelung sowie Rekultivierung zu
613 kompensieren.

614 Die LINKE tritt dafür ein, dass im Freistaat Sachsen der ganzheitliche Ansatz der Europäischen
615 Wasserrahmenrichtlinie verfolgt wird, die Fließsysteme in ihren jeweiligen Einzugsgebietsgrenzen in Qualität
616 und Quantität zu sichern. Dies bedarf der verstärkten Zusammenarbeit der Kommunen, da oftmals eben
617 Gemeindegrenzen nicht das Ende eines Gewässers darstellen. Verantwortung füreinander und miteinander in
618 Wasserverbänden wollen wir daher verstärken.

619 Hauptursache für den Bestandsrückgang der Pflanzen- und Tierarten in Sachsen ist die Zerstörung ihrer
620 Lebensräume. Wirtschaftliche Entwicklungen, die die Abnahme der Biodiversität zur Folge haben, lehnen wir
621 daher ab. Dazu zählt auch der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der
622 Landwirtschaft. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-
623 Richtlinie. Der Natur- und Artenschutz ist konsequent in die Agrar-, Verkehrs-, Forst- und Raumordnungspolitik
624 zu integrieren.

625 Alle diese Vorschläge und Forderungen kosten Geld, sind jedoch finanzierbar und im Vergleich zu den
626 bereitgestellten nationalen und europäischen Schutzschirmen von mehreren Billionen Euro für die an
627 Spekulationen gescheiterten Banken geradezu preiswert.

628

629 **FINANZIERUNG**

630 Die Wirtschaft existiert nicht einfach so. Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort müssen die erforderlichen
631 Bedingungen geschaffen werden. Die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen werden in Kindergarten,
632 Schule, Berufsausbildung, Hochschule ausgebildet. Die Infrastruktur (Straßen, Schienen, Brücken, Flughäfen,
633 Bahnhöfe, Gewerbegebiete etc.) muss notwendigerweise vorfinanziert werden. Auch öffentliche Ordnung und
634 ein funktionsfähiges Rechtswesen sind zu gewährleisten. Die Wirtschaft ist auf diese Vorleistungen des Staates
635 angewiesen. Somit ist ein leistungsfähiger Staat eine wichtige Grundlage für jedes erfolgreiche Unternehmen.
636 Die Politik der letzten Jahre hat durch diverse Steuersenkungsprogramme zunehmend die erfolgreichen
637 Unternehmen aus der Finanzierung dieser Grundlagen entlassen. Im Ergebnis schultern de facto die
638 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt und indirekt diese Lasten allein. Es ist daher notwendig, dieses
639 politisch produzierte Missverhältnis immer wieder zu problematisieren. Das Steuerkonzept der LINKEN zielt
640 darauf ab, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Diese Auseinandersetzung in der Gesellschaft zu führen, zu
641 mahnen und zu überzeugen, ist ein wesentlicher Aspekt linker Finanzpolitik.

642

643 **Steuerkonzept der Partei DIE LINKE**

644 Das Steuerkonzept der LINKEN will im Wesentlichen über die stärkere Besteuerung großer Vermögen und hoher
645 Einkommen sowie durch das Heranziehen der Mitverursacher der Finanzkrise Steuernehmeinnahmen von
646 insgesamt 171 Mrd. Euro im Jahr generieren. Davon bringt die Millionärssteuer 80 Mrd. Euro ein. Wir wollen die
647 Steuersenkungen der vergangenen Jahre vor allem für Unternehmen rückgängig machen und so weitere 35
648 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen. Politisch und wirtschaftlich längst überfällig ist zudem die
649 Finanztransaktionsteuer, die ca. 27 Mrd. Euro aufbringen könnte, um beispielsweise Projekte im Klimaschutz
650 und der internationalen Armutsbekämpfung zu finanzieren. Zudem ist der Ausbau des Steuervollzugs überfällig,
651 um Steuerhinterziehung effektiv bekämpfen zu können. Wie die aktuelle Debatte um den Ankauf von Steuer-CD
652 und das Steuerabkommen mit der Schweiz zeigen, befindet sich ein erheblicher Teil deutscher Steuergelder in
653 Steuer-Oasen, die es auszutrocknen gilt. Dadurch könnten weitere 15 Mrd. Euro in den Staatshaushalt fließen.
654 Durch diese steuerlichen Belastungen großer Vermögen könnten an anderer Stelle Steuern, von denen vor
655 allem der ärmere Teil der Bevölkerung betroffen ist, gesenkt werden. Hierzu zählen die Mehrwertsteuer und die
656 Einkommensteuer für mittlere und untere Einkommen.

657 Ob letztlich Mehreinnahmen im Umfang von 171 Mrd. oder nur von 75 Mrd. Euro generiert werden, hängt
658 natürlich von der politischen Durchsetzungskraft der Vorschläge ab und ist dementsprechend ungewiss.
659 Entscheidend ist aber eine öffentliche Debatte darüber, dass Profiteure der Krise und vor allem hohe Vermögen
660 zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden müssen.

661

662 **Sofortprogramm: Ausgewählte Steuern des Konzepts der LINKEN**

663 In Untersetzung des Steuerkonzepts der LINKEN sollen im Folgenden exemplarisch fünf Steuerarten des
664 Steuerkonzeptes kurz erläutert werden.

665 **1. Millionärsteuer**

666 Bemessungsgrundlage der Millionärsteuer ist das Nettovermögen aus dem privaten Geldvermögen, den
667 Verkehrswerten privater Immobilien und den sonstigen Vermögen des Steuerpflichtigen abzüglich privater
668 Kredite. Der Freibetrag soll eine Million Euro betragen. Jeder Euro über diesen Freibetrag hinaus soll mit einem
669 Steuersatz von fünf Prozent belastet werden.

670 Im Kontext der politischen Umsetzbarkeit ist es in einem ersten Schritt sinnvoll, außerparlamentarische
671 Initiativen wie „Vermögensteuer jetzt!“ größtmöglich zu unterstützen. Nach ihren Berechnungen würde eine
672 Steuer in Höhe von einem Prozent auf das Nettovermögen (abzüglich Schulden) bei einem Freibetrag von einer
673 Million Euro pro Familienhaushalt insgesamt 20 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen. Diese Mehreinnahmen
674 kämen anteilig den Bundesländern zugute und böten diesen einen finanziellen Spielraum in der
675 Schuldenbremsen-Hysterie. Für das Bundesland Sachsen wären Zuwächse in einer Größenordnung von einer
676 Mrd. Euro zu erwarten.

677 **2. Finanztransaktionsteuer**

678 Die durch die Krise wieder in den Medien angekommene Finanztransaktionsteuer löst vor allem zwei Probleme:
679 Sie schränkt die kurzfristige Spekulation ein und generiert Steuererträge von ca. 27 Mrd. Euro.

680 Die Steuernehmeinnahmen stehen je zur Hälfte dem allgemeinen Bundeshaushalt sowie der internationalen
681 Armutsbekämpfung und der Stärkung des Klimaschutzes zur Verfügung.

682

683 **3. Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer mit Mehreinnahmen für die** 684 **Kommunen**

685 Zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen soll die aktuelle Gewerbesteuer in eine
686 Gemeindegewerbesteuer umgewandelt werden. Dabei soll die Steuer-Bemessungsgrundlage auf Gewinne aus
687 allen unternehmerischen Tätigkeiten zuzüglich aller Schuldzinsen in Form von Pachten, Mieten, Leasingraten
688 etc. verbreitert werden. Die Steuerpflicht würde hiernach vor allem Kapitalgesellschaften, gewerbliche

689 Unternehmen, Selbständige und Freiberufler umfassen. Die Abzugsfähigkeit von der Einkommensteuerschuld
690 bleibt bei einem erhöhten Freibetrag von 30.000 Euro (derzeit: 24.000 Euro) bestehen.

691 Die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder wird abgeschafft. Die Zahlungen an den Bund sollen dabei
692 sofort eingestellt werden, an die Länder schrittweise bis 2015. Die Einnahmen der Gemeindefiskussteuer
693 fallen ausschließlich den Kommunen zu. Den prognostizierten Mindereinnahmen von 4,6 Mrd. Euro im Bund und
694 3 Mrd. Euro in den Ländern (ohne Abschaffung der Gewerbesteuerumlage der Länder) stünde mittelfristig ein
695 jährliches Mehraufkommen von etwa 14 Mrd. Euro zugunsten der kommunalen Haushalte gegenüber. Das
696 entlastet die kommunalen Haushalte und stärkt kommunale Investitionen und Beschäftigung.

697 Für das Bundesland Sachsen hätte sich für das Jahr 2010 bei einem absoluten Gewerbesteueraufkommen von
698 1,16 Mrd. Euro und einem Zuwachs des Aufkommens um 39% ein Plus von mehr als 450 Millionen Euro
699 ergeben.

700 **4. Abschaffung der Abgeltungsteuer**

701 Das Steuerkonzept der LINKEN sieht vor, künftig Kapitalerträge nicht mehr einheitlich mit 25% zu besteuern
702 (Abgeltungsteuer). Vielmehr sollen Kapitaleinkünfte wie vor dem 1. Januar 2009 dem individuellen
703 Einkommensteuersatz unterworfen werden, so dass wieder eine progressive Besteuerung anstelle einer
704 pauschalen Besteuerung in Kraft tritt. Dadurch wäre die Besteuerung nach finanzieller Leistungsfähigkeit wieder
705 hergestellt und Mehreinnahmen von fünf Mrd. Euro erreichbar.

706 **5. Verbesserung des Steuervollzuges und Bekämpfung der Steuerhinterziehung**

707 DIE LINKE geht davon aus, dass durch eine Aufstockung des Steuervollzugspersonals, intensivere Kontrollen
708 und eine verbesserte Effizienz und Zusammenarbeit der Behörden Mehreinnahmen von in untenstehender
709 Tabelle genannter Größenordnung möglich sind. Die Maßnahmen gegen Steuerbetrug müssen natürlich auch
710 mit der Austrocknung von Steueroasen verknüpft werden.

711 Rechnet man die genannten Reformen exemplarisch für das Jahr 2012 hoch, ergibt sich ein Steuerzuwachs von
712 absolut 74 Mrd. Euro, was im Vergleich zum Jahr 2010 einen relativen Anstieg um 13,3 Prozent bedeutet. Für
713 das Land Sachsen würden sich dadurch neue finanzielle Spielräume ergeben. Infolge der Verteilung der
714 Steuereinnahmen der Bundesländer im Länderfinanzausgleich nach Einwohnern erhält Sachsen fünf Prozent der
715 eingenommenen Mittel.

716 Die Abbildung gibt einen Überblick über die Mehreinnahmen der fünf genannten Reformen für die
717 Gebietskörperschaften und speziell für das Land Sachsen. Durch die Steuerreformen würde Sachsen im Jahr
718 2012 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,83 Mrd. Euro erzielen, was einen relativen Zuwachs von 21,7
719 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2010 bedeuten würde.

720

721 **Verteilung der Mehreinnahmen (Mrd. Euro)**

	insgesamt	Bund	Länder	Land Sachsen*	Gemeinden	Sächsische Gemeinden*
2011 (Ist)	548,9	248	224,3	13,67	76,6	2,53
2012 (Prognose)	567	252	234		81	
<i>Anteile</i>		44,4%	41,3%		14,3%	
Mehreinnahmen ausgewählter Einzelmaßnahmen:						
Gemeindewirtschaftsteuer (brutto)	14				14	0,45
Anrechnung auf Einkommensteuer	-7	-3,0	-3,0	-0,15	-1,0	-0,05
Gewerbesteuerumlage		-1,6			1,6	
Millionärsteuer						
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20		20	1,0		
Abschaffung Abgeltungsteuer	5	2,1	2,1	0,11	0,8	0,04
Finanztransaktionsteuer	27	27				
Verbesserungen beim Steuervollzug	15	7,5	7,5	0,38		
Steuereinnahmen nach Reform 2012	641,0	284,0	260,6		96,4	
<i>Anteile</i>		44,3%	40,7%		15,0%	
Zuwachs Steuereinnahmen in % gegenüber Prognose 2012						
Absolut in Mrd. Euro	74,0	32,0	26,6	1,34	15,4	0,44
	13,1%	12,7%	11,4%	9,8 %	19,0%	17,4 %

* Gerundete Werte für Sachsen auf Grundlage von Einwohnerfaktor 5 % der Gesamtbevölkerung, Zuwachs gegenüber den Steuereinnahmen (Ist) 2011

722

723 Insgesamt wird deutlich, dass durch sinnvolle Besteuerung wie beispielsweise von großem Vermögen, durch die
 724 Einführung der Finanztransaktionsteuer, die Umwandlung der Gemeindewirtschaftsteuer, die Abschaffung der
 725 Abgeltungsteuer und die effektive Beseitigung von Steuerhinterziehung ausreichend finanzielle Mittel erzeugt
 726 werden können, um in wichtige öffentliche Aufgaben wie Infrastruktur und Bildung zu investieren.

<u>Entscheidung des Parteitages</u>	
Angenommen:	X
Abgelehnt:	
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: __wenige__	
Bemerkungen: _____	

f.d.R.

Dresden, den 31. August 2013

Tagespräsidium: _____

Antrags- und Redaktionskommission: _____